

Düsseldorf, den 29. Juni 2004

Regierungserklärung

**von Ministerpräsident Peer Steinbrück
vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen
am 30. Juni 2004**

Titel

**„Markenzeichen NRW:
verlässliche und innovative Energiepolitik“**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Inhalt

I. Verlässliche und innovative Energiepolitik: ein aktuelles Thema	S. 3
II. Energie: Grundlage einer leistungsfähigen Wirtschaft	S. 8
III. Moderne Energiepolitik in globaler Verantwortung	S. 11
IV. Innovative und verlässliche Energiepolitik in NRW	S. 20
V. Energiepolitische Alternativen nicht erkennbar	S. 44
VI. Gesamtkonzept	S. 50

I.**(Verlässliche und innovative Energiepolitik:
ein aktuelles Thema)**

- **Die Entwicklung der Benzinpreise in den vergangenen Wochen,**
- **die Zusammenbrüche von Stromnetzen in den USA und Italien im vorigen Sommer,**
- **Zweifel an der Sicherheit der Ölversorgung angesichts der Lage in wichtigen Förderländern**

all das hat das Thema „Energie“ wieder ganz oben auf die internationale politische Tagesordnung gesetzt.

In Deutschland wurde diese hohe Bedeutung durch die Debatten der letzten Wochen um die Zukunft der Kohle, der Atomkraft, um Klimaschutz und Windenergie, aber auch durch die gelungene „renewables-Konferenz“ in Bonn, noch einmal verstärkt.

In der Tat betrifft das Thema „Energie“ die Bürgerinnen und Bürger vielfältig und direkt:

- als Verbraucher von Energie, sei es bei der Hausheizung oder beim Tanken, sei es beim Umgang mit elektrischen Geräten in Haushalt oder Büro,
- als Bergmann unter Tage,
- als Landwirt und Produzent von Biogas,
- als Techniker im Kraftwerk,
- als Facharbeiter und Industriemeister in der Aluminiumerzeugung oder im Maschinen- und Apparatebau,
- als Wissenschaftler und Ingenieur in der Hochschule oder der Entwicklungsabteilung.

Die Menschen erwarten darum zu Recht, dass Politik und Wirtschaft beim zentralen, sensiblen Thema Energie überzeugende und verlässliche Antworten geben.

Allerdings muss auch klar sein: Es gibt auch in der Energiepolitik keine Patentrezepte.

**Weder können und wollen wir von einem Tag auf den anderen aus der Steinkohleförderung aussteigen,
noch können wir darauf vertrauen, dass allein die**

freien Kräfte des Marktes unsere Energieversorgung sichern werden.

Aus Kreisen der Union ist aktuell wieder lauter zu hören, Atomenergie sei die Lösung aller Probleme: Für Klimaschutz und eine billige Energieversorgung.

Auch dieser Ansatz führt in die Irre, denn die Menschen in unserem Land wollen eine nachhaltige Energieerzeugung, die weder das Klima schädigt, noch heutige und künftige Generationen mit den verschiedenen Risiken der Atomtechnik belastet.

Energiepolitik ist so wichtig, dass wir über die richtigen Konzepte und Antworten auf die drängenden Fragen intensiv und in der Sache diskutieren müssen.

Nordrhein-Westfalen, das Energieland Nummer eins in Deutschland, beteiligt sich an dieser notwendigen Diskussion und wird sie wesentlich mit gestalten.

Die heutige Regierungserklärung soll Zweierlei leisten:

- 1. Sie soll bestätigen, dass unsere Energiepolitik exakt den Grundlinien folgt, wie ich sie in der Regierungserklärung im November 2002 aufgezeigt habe. Unsere Energiepolitik ist berechenbar und verlässlich.**
- 2. Die Landesregierung verfolgt ein von beiden Regierungspartnern gemeinsam getragenes, schlüssiges energiepolitisches Konzept.**

Ich bin überzeugt, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen mehr denn je Verlässlichkeit von der Politik erwarten.

Verlässlichkeit können wir nur erreichen, wenn wir die Wirklichkeit anhand der Fakten so beschreiben, wie sie ist und exakt tun, was wir sagen.

Es hilft nicht, unser Land in Rosarot oder in Tief-schwarz zu zeichnen. Wir brauchen ein ungeschminktes Bild. Wir gehen - auch in der Energiepolitik - von den Fakten aus und bieten konkrete, praxisgerechte Lösungen an.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Energiewirtschaft ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft insgesamt und

für die Sicherung von Beschäftigung, Wohlstand und Lebensqualität.

Wir müssen heute - auch in der Verantwortung für die kommenden Generationen - die Weichen für eine nachhaltige Energieversorgung der Zukunft stellen.

II.

(Energie: Grundlage einer leistungsfähigen Wirtschaft)

Lassen Sie mich die Bedeutung des Faktors „Energie“ für den Standort Nordrhein-Westfalen an einem Beispiel deutlich machen:

Der Preis für eine Tonne Hochofenkoks betrug Anfang 2001 auf dem Weltmarkt noch ca. 70 US Dollar. Anfang 2004 liegt dieser Preis um einen Faktor 5 höher: bei ca. 350 US Dollar.

Für Koks Kohle haben sich die Preise im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt.

Die Entwicklung auf dem Koks Kohlemarkt ist nicht singulär. Auf dem Weltenergiemarkt beobachten wir ähnliche Tendenzen:

- Die Erdölpreise befinden sich auf Höchstniveau, plus 24 Prozent in den letzten 12 Monaten – die Tendenz ist weiter steigend.**
- Der Kohlepreis für die Verstromung hat sich binnen 12 Monaten exakt verdoppelt - von 41 auf 82 US Dollar.**

Dabei erwarte ich keine Entspannung auf den internationalen Öl-, Gas- und Kohlemärkten.

Höhere Energiekosten haben im Mai die Erzeugerpreise kräftig ansteigen lassen.

In einem Monat kletterten sie im Schnitt um 0,5 Prozent. Die Erzeugerpreise lagen im Mai um 1,6 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Steigerung der Energiekosten ist für rund ein Drittel der Preissteigerung verantwortlich.

Bisher haben wir Versorgungssicherheit häufig nur so verstanden, dass Energie in ausreichenden Mengen verfügbar ist und wir unsere Abhängigkeit von Energieimporten verringern müssen.

Gerade heute wissen wir, dass ein weiterer Aspekt hohes Gewicht hat:

Versorgungssicherheit trägt auch zur Preisstabilisierung bei.

Eine Steigerung der Energieeffizienz, die Nutzung der heimischen fossilen Energieträger und die Entwicklung und Markteinführung erneuerbarer Energiequellen sind deshalb richtige strategische Antworten.

Und ich sage ganz deutlich: Das Geld, das wir für die Unterstützung der deutschen Steinkohle und zur Förderung regenerativer Energiequellen ausgeben, ist gut angelegt. Wir erwerben damit eine Art „Versicherungspolice“ gegen steigende Preis- und Mengenrisiken auf den Weltenergiemärkten.

Gemeinsam mit einer Steigerung der Energieeffizienz machen sie uns ein Stück unabhängiger und weniger anfällig gegenüber weltweit möglichen Energiekrisen.

Wir müssen bereits heute die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Nordrhein-Westfalen auch im Jahr 2010, 2030 oder 2050 sicher, effizient und umweltgerecht mit der notwendigen Energie versorgt wird.

Das Energieland NRW stellt sich diesen Herausforderungen: Wir haben die Kompetenz wie kein zweites Land – und sie eröffnet uns erhebliche Chancen.

III.

(Moderne Energiepolitik in globaler Verantwortung)

Ein zentrales Ziel der Energiepolitik ist uns vorgegeben:

Wir müssen die Welt für unsere Kinder und Enkelkinder lebenswert erhalten.

Wir müssen ihnen etwas vererben, was nicht schlechter und wertloser, sondern womöglich besser und wertvoller ist als das, was wir vorgefunden haben.

Wir alle wissen, wie wichtig die globale Energieversorgung hierfür ist.

Für die gedeihliche und friedliche Entwicklung der Welt müssen wir hierzulande Ideen und Techniken entwickeln, die bei uns und in den Entwicklungs- und Schwellenländer möglichst rasch für Effizienz und Umweltverträglichkeit bei Energieerzeugung und Energieverbrauch sorgen.

Und ich füge hinzu: Wir brauchen solche Ideen und Techniken auch darum dringend, damit wir weltweit

zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen in der Energiegewinnung kommen.

Alle Energieprognosen zeigen:

Der weltweite Energiebedarf in der Perspektive bis zum Jahr 2050 wird sich in etwa verdoppeln.

Dieser Energiebedarf wächst mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Ländern, die aufholen wollen. Und wer wollte ihnen ein solches Aufholen verweigern?

Aber die Struktur und Technik der Energieversorgung ist derzeit noch nicht zukunftsfähig:

Ein „Weiter so“ kann es in der weltweiten Energiepolitik daher nicht geben.

Das würde insbesondere das Klima auf Dauer in unverantwortlicher Weise schädigen.

Nordrhein-Westfalen hat aus Einsicht in diese Zusammenhänge im Klimaschutz darum bereits früh eine Vorreiterrolle eingenommen:

- **1992, im Jahr der Rio-Konferenz, hat NRW als erstes Land einen Klimabericht vorgelegt. Seine Umsetzung verfolgen wir seitdem kontinuierlich.**
- **Das Klimaschutzkonzept NRW 2001 belegt unsere führende Rolle in den Bereichen Energie, Wohnen, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Abfall, Chemie und Landesplanung mit konkreten Zahlen.**

Danach kann Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2005 etwa 32 Millionen Tonnen seiner CO₂-Emissionen reduzieren.

Das sind rund die Hälfte der 50 bis 70 Millionen Tonnen, die im Bundesprogramm als CO₂-Reduktionsziel im selben Zeitraum für Deutschland insgesamt angestrebt werden.

Zur Lösung der weltweit anstehenden Energieprobleme müssen wir aus den vorhandenen Energieträgern mehr machen und gleichzeitig die Umwelt weniger belasten.

Wir werden einerseits unseren Rohstoffverbrauch drastisch reduzieren und gleichzeitig unsere Energienutzung effizienter gestalten müssen.

Vor einem Monat - vom 1. bis 4. Juni - hat die internationale Konferenz „renewables 2004“ tausende Menschen aus über 150 Ländern zusammengeführt.

Damit wurde ein weltweit wahrgenommenes Aufbruchzeichen für den Ausbau der erneuerbaren Energien gegeben.

Es ist kein Zufall, dass diese Konferenz hier bei uns in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesstadt Bonn stattgefunden hat.

Nordrhein-Westfalen hat sich im Vorfeld der Konferenz besonders engagiert. Mit dem Standort Bonn verfügt NRW über ein international renommiertes Zentrum für Umwelt und Entwicklung.

Zwei kräftige Signale gehen von dieser Konferenz aus, gleich stark und untrennbar zusammengehörend:

- **Die Erneuerbaren haben ihre „Nischen“ endgültig verlassen und sind zu einem boomenden Wirtschaftszweig geworden.**

Der Energiemix der Zukunft muss einen ständig steigenden Anteil erneuerbarer Energien enthalten, und zwar weltweit.

- **Und zweitens: Energiepolitik, die auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz setzt, dient aktiv der Armutsbekämpfung und ist zugleich Friedenspolitik im besten Sinne. Ihr Ziel ist es, allen Menschen den Zugang zu einer nachhaltigen Energieversorgung zu öffnen.**

Nordrhein-Westfalen kann und wird dazu einen starken Beitrag leisten.

Rohstoffverbrauch zu ersetzen durch Ingenieurkunst – so lautet die Aufgabe auch und gerade für uns. Und diese Ingenieurkunst dann als Blaupausen, Produkte und Dienstleistungen in die Welt hinaus zu tragen.

Die Landesregierung hat den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz das Energieland NRW

in all seinen Facetten durch ein Begleitprogramm, durch Exkursionen und zahlreiche Fachgespräche präsentiert.

Ich danke an dieser Stelle noch einmal den Fraktionen dieses Hauses, die uns eine breite Unterstützung gegeben haben.

Die „renewables 2004“ sind ein eindrucksvolles Beispiel, wie groß das Interesse an Lösungen aus dem Energie- und Innovationsland NRW ist.

Von dieser Konferenz sind wichtige Impulse für Wirtschaft und Arbeitsplätze in NRW ausgegangen.

Jetzt kommt es darauf an, die Dynamik zu nutzen.

Die von uns ins Leben gerufene Landesinitiative Zukunftsenergien wird als Plattform für Wirtschaft, Forschung und Politik Marktimpulse aufgreifen und konkrete Projekte vorantreiben.

Anrede.

Die Osterweiterung der Europäischen Union richtet unseren Blick auch auf die Energieversorgung in den Beitrittsländern. So hat in Polen die Kohle eine

besonders große Bedeutung: Ihr Anteil an der Stromerzeugung beträgt dort über 80 Prozent.

Eine weitere Zahl: Im Jahr 2002 betrug die Weltförderung an Steinkohle insgesamt etwa 3 Milliarden Tonnen. Rund ein Drittel davon wurde allein in China gefördert.

Länder wie zum Beispiel Polen und China werden noch für eine lange Zeit auf den Energieträger Kohle setzen.

Andererseits hat es bei der Bonner Konferenz für erhebliches Aufsehen gesorgt, dass China eine Selbstverpflichtung ausgesprochen hat, bis 2010 rund 10 Prozent seiner Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu bestreiten.

Das bedeutet für uns hier in Deutschland und besonders in Nordrhein-Westfalen:

Wir können und müssen unser Know-how deshalb sowohl für eine effiziente Kohlenutzung als auch für die erneuerbaren Energien weltweit einbringen.

Die Stromerzeugung aus fossilen Energien erfolgt in vielen Teilen der Welt in Anlagen mit unzureichender, teilweise katastrophal niedriger Effizienz:

Bundesweit liegt der Wirkungsgrad in Steinkohlekraftwerken bei durchschnittlich 38 Prozent, weltweit bei 30 Prozent, in China zum Beispiel bei gerade mal 22 Prozent. Das ist nicht zu verantworten.

In der Erneuerung der Kraftwerke liegt ein riesiges Energiesparpotenzial, verbunden mit der Vermeidung von Milliarden Tonnen CO₂.

Würde man alle vorhandenen Kohlekraftwerke weltweit durch Kraftwerke mit 43 Prozent Wirkungsgrad, über die wir verfügen, ersetzen, könnte man allein dadurch ca. 6 Prozent der globalen CO₂-Emissionen einsparen. Das sind 1,7 Mrd. Tonnen jährlich.

Auch der Kraftwerkspark in Deutschland und Europa ist bereits relativ alt. Bis zum Jahr 2020 zeichnet sich ein Neubau- und Ersatzbedarf in der Größenordnung von bis zu 40.000 Megawatt in Deutschland ab. Europaweit sind es bis zu 200.000 Megawatt.

Kraftwerke, die über die Stromerzeugung hinaus Fernwärme liefern können, ersetzen damit auch zu importierendes Öl oder Gas. Das fördern wir und dabei können wir auf langjährige Erfolge zurückblicken.

Mit solchen Techniken machen wir Energieverwendung effizienter und umweltgerechter.

IV.

(Innovative und verlässliche Energiepolitik in NRW)

In Nordrhein-Westfalen entstehen wie in kaum einem anderen Land die global notwendigen Innovationen in der Energiewirtschaft.

Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis gewachsener Stärke und fortdauernder Anstrengungen von Wirtschaft und Politik, von Ingenieuren und Technikern, von Wissenschaft und Forschung.

Die Landesregierung leistet ihren Beitrag.

Wir werden unsere Impulse für mehr Energieeffizienz entlang der gesamten Wertschöpfungskette verstärken.

Wir können dabei auf unsere guten Erfahrungen mit den Betreibern, Herstellern und wissenschaftlichen Instituten beim Referenzkraftwerk NRW aufbauen.

Und hier können wir auf die Expertise und Kompetenz des Energieforschungsverbundes Ruhr, der Hochschulen und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zurückgreifen.

Ich nenne weitere zentrale Elemente unserer innovativen Energiepolitik:

- **Herausragendes Instrument ist die "Landesinitiative Zukunftsenergien NRW".**

Sie ist - anerkanntermaßen - eine beispielgebende Initiative für Deutschland. In ihr sind sämtlich Förderanstrengungen der Landesregierung für zukunftsweisende Energietechnologien und Energiedienstleistungen zusammengeführt.

Sie erstreckt sich über die ganze Breite von der Forschung bis hin zur Markteinführung.

In der Landesinitiative Zukunftsenergien werden wir uns verstärkt auf die Themenfelder konzentrieren, in denen das Forschungs- und Entwicklungspotential noch besonders hoch ist.

Zu nennen sind hier beispielsweise Biomasse, Solarenergie, Geothermie, Grubengas, Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie.

- **Wir werden die Energieforschung in NRW in einem Cluster zusammenführen. In dem Cluster werden wir inhaltliche Schwerpunkte setzen, da wo wir Chancen haben, regionale Exzellenz-Zentren aufzubauen.**
- **Wir setzen die Zusammenarbeit mit Einrichtungen des Bundes und der EU-Kommission mit Blick auf Technologieallianzen fort und intensivieren sie - auch mit dem Ausland z. B. mit China, USA, Kanada und Australien.**
- **Die Landesregierung wird bei den erneuerbaren Energien den Schwerpunkt auf die technologische Förderung legen. Ziel ist, die Marktreife schneller zu erreichen.**
- **Wir werden die anerkannte Arbeit der Energieagentur NRW zur Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen und Gemeinden fortführen und stärken.**
Neben der technischen Umsetzung spielen dabei auch moderne Finanzierungsmodelle eine wichtige Rolle.

Anrede.

Wir müssen die Diskussion um die Energieversorgung praktisch und konkret führen. Das heißt, wir müssen die heutige und vor allem die künftige Bedeutung jedes einzelnen Energieträgers erkennen, bewerten und seine Rolle in einem zukunftsfähigen Energiemix definieren.

Zunächst gilt das für die Importenergien Öl und Gas.

Öl und Gas

Bei allen Anstrengungen für mehr Energieeffizienz und für den Einsatz von heimischen oder erneuerbaren Energien, kommen wir derzeit an einer Feststellung nicht vorbei:

Deutschland - und auch Nordrhein-Westfalen - müssen einen beträchtlichen Teil ihres Energiebedarfs in Form von Öl und Gas importieren.

Aber wir wollen unsere Importabhängigkeit vom Öl endlich reduzieren. Wir wollen den Verbrauch von Öl für Verkehr, Heizung und Stromgewinnung auch

deshalb drosseln, weil Öl ein wertvoller Grundstoff der chemischen Industrie ist, den wir auf Dauer erhalten müssen.

Ernst-Ulrich von Weizsäcker hat das so auf den Punkt gebracht: „Wir können aus einem Fass Öl viermal mehr Wohlstand herausholen als bisher.“

Darum setzen wir auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien – ich gehe darauf noch genauer ein.

Gas hat, besonders im Wärmemarkt und bei der dezentralen Energieversorgung, seinen wichtigen Platz.

Für das in NRW geplante GuD-Kraftwerk liegen alle notwendigen Planungen und Genehmigungen vor. Wir erwarten nun gespannt die Investitionsentscheidung des Betreibers.

Wir sind offen für weitere Investitionen in die GuD-Technik in Nordrhein-Westfalen.

Gas ist ein kostbarer Rohstoff, der bei der Sicherung der umweltfreundlichen Mobilität und – zumindest für eine Übergangszeit – als Rohstoff für den Betrieb von Brennstoffzellen unverzichtbar ist.

Steinkohle

Bei den heimischen Energien spielen Stein- und Braunkohle eine hervorgehobene Rolle.

Wir setzen auch hier auf eine Strategie, die Innovation und Verlässlichkeit miteinander verbindet.

Die Düsseldorfer Koalitionspartner haben sich am 18. Mai darauf verständigt, die Anschlussfinanzierung für den Steinkohlebergbau ab 2006 bis 2012 sicherzustellen.

Zuvor hatte sich die Berliner Koalition auf entsprechende Eckpunkte zur Steinkohlefinanzierung geeinigt.

Zu den Eckpunkten des Berliner Koalitionsbeschlusses gehören:

- **eine Reduzierung der Fördermenge von 25 Millionen Tonnen im Jahr 2005 auf höchstens 16 Millionen Tonnen im Jahr 2012,**

- **die Senkung der öffentlichen Steinkohlebeihilfen in den Jahren 2006 bis 2012 auf insgesamt 15,87 Milliarden Euro,**

Zudem ist jetzt klar, dass zum 1. Januar 2009 im Bergwerk Walsum keine Kohle mehr gefördert wird.

Das ist ein schmerzlicher Anpassungsprozess und eine große Belastung für die Beschäftigten und ihre Familien.

Das ist zugleich eine enorme Herausforderung an Wirtschaft und Politik, die wegfallenden Arbeitsplätze langfristig zu ersetzen.

Durch die Entscheidungen werden die Kohlebeihilfen in Nordrhein-Westfalen künftig Jahr für Jahr sinken:

Für den Zeitraum 2006 bis 2012 um jährlich im Durchschnitt 24 Millionen Euro.

Hinzu kommen Zinersparnisse für den Landeshaushalt von voraussichtlich rund 11 Millionen Euro jährlich.

Auch die erkennbar steigenden Weltmarktpreise für Steinkohle senken den Förderbedarf durch die öffentliche Hand.

Damit hat der Steinkohle-Bergbau in Nordrhein-Westfalen für die kommenden Jahre Planungssicherheit.

Insbesondere ist sichergestellt, dass der weitere Beihilfeabbau nicht zu sozialen Verwerfungen führt. Darauf sind wir stolz und diesen Weg wollen wir auch künftig gehen.

Wir haben damit für die Steinkohle unsere Ankündigung aus meiner Regierungserklärung vom November 2002 praktisch vollständig umgesetzt - zum Teil sogar mehr als das:

- **Die Kohlevereinbarung von 1997 gilt und legt den Beihilferahmen bis 2005 fest.**
- **Von 2005 bis 2012, also noch länger als zunächst angestrebt, gilt eine tragfähige Anschlussregelung.**

Das zeigt: Diese Landesregierung hat einen klaren

energiepolitischen Kurs und sie hält diesen klaren Kurs auch in stürmischen Zeiten.

Damit haben wir eine stabile heimische Basis für Effizienz-Innovationen in der Bergbautechnik.

Anrede.

In der Steinkohleverstromung geht es im nächsten Schritt darum, die Wirkungsgrade noch einmal deutlich zu verbessern.

Nordrhein-westfälische Unternehmen verfügen über Kompetenzen bei der Entwicklung, dem Bau und dem Betrieb von Steinkohlekraftwerken, die zur Weltspitze zählen.

Wir stehen auch hier in den Startblöcken:

Ende 2003 ist die Konzeptstudie für ein Referenzkraftwerk in Nordrhein-Westfalen mit optimierter Anlagentechnik erarbeitet worden.

Diese Kraftwerksinnovation bietet hervorragende Chancen für die Kraftwerksindustrie:

- **Mit einer solchen Anlage wollen wir demonstrieren, dass Energieeffizienz, Klima- und Umweltfreundlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit nicht nur keine Widersprüche sind, sondern sich gegenseitig bedingen.**
- **Der Bau eines 600 Megawatt Referenzkraftwerkes ist mit einem Gesamtauftragsvolumen von rd. 480 Millionen Euro verbunden und beschäftigt über 6.000 Menschen.**
Die Erneuerung des Kraftwerkparks allein in Deutschland sichert und schafft tausende von Arbeitsplätzen.

Auf der Grundlage einer solchen effizienten Kraftwerkstechnologie wird die Kohle auch im Energiemix der nächsten Jahrzehnte einen festen Platz haben.

Hinzu kommt, dass solche effizienten Kraftwerke mit erprobter robuster Technik „made in NRW“ gute Chancen haben, zu einem Exportschlager zu werden.

Jetzt ist die Kraftwerkswirtschaft gefordert, das gemeinsam entwickelte Konzept umzusetzen. Die

Landesregierung hat die notwendige planerische Vorsorge getroffen, dass moderne Steinkohlekraftwerke an mehreren Standorten in Nordrhein-Westfalen entstehen können.

Das Referenzkraftwerk mit einem Wirkungsgrad von über 46 Prozent ist dabei nicht der Endpunkt, sondern der entscheidende Zwischenschritt für die weitere Entwicklung.

Mittelfristig werden neue Materialien in den Kraftwerken noch höheren Temperaturen und Drücken standhalten müssen, um dann Wirkungsgrade von über 50 Prozent zu erreichen.

Die EU hat grünes Licht gegeben: Die Komponenten-Testanlage für fortgeschrittene Kraftwerkstechniken kann in Gelsenkirchen Scholven ihre Arbeit aufnehmen.

Voraussichtlich ab Juli 2004 werden dort Hersteller und Betreiber aus ganz Europa zusammen arbeiten.

Das noch visionäre, aber nicht utopische Ziel, ist das völlig CO₂-freie Kraftwerk.

Wir wollen ein „Kompetenz-Netzwerk-Kraftwerkstechnik NRW“ aufbauen. Mit der Bundesregierung haben wir vereinbart, die gemeinsamen Anstrengungen auf dem Gebiet moderner Kraftwerkstechnologien fortzusetzen. Wir werden dazu konkrete Schritte vereinbaren.

Braunkohle

Mit der Braunkohle haben wir in Nordrhein-Westfalen einen heimischen Energieträger, der zur Sicherheit der Versorgung in unserem Land ohne Subventionen wesentlich beiträgt. Ihre Nutzung ist wettbewerbsfähig und stabil.

Das derzeit weltweit modernste Braunkohlenkraftwerk ist im linksrheinischen Revier in Niederaußem bei Bergheim bereits in Betrieb.

Damit wird veraltete Technologie mit einem Wirkungsgrad von etwa 33 Prozent ersetzt. Mit seinem Wirkungsgrad von gut 43 Prozent vermeidet dieses eine Kraftwerk CO₂-Emissionen von jährlich drei Millionen Tonnen.

Das ist um so wichtiger, weil die Braunkohle ein Brennstoff mit spezifisch höherem CO₂ Gehalt ist.

Braunkohle wird damit so umwelt- und klimaverträglich wie nur möglich genutzt.

Und auch biogene Heizstoffe und Klärschlamm können zur Mitverbrennung eingesetzt werden.

Für die beiden nächsten Kraftwerksblöcke der neuen Generation ist der Genehmigungsantrag für den Standort Neurath gestellt. Diese Blöcke können zum Ende des Jahrzehnts in Betrieb gehen.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Regenerative Energien werden oft noch zu einseitig unter der Überschrift "Klima- und Umweltschutz" gesehen.

Einzelne betrachten sie sogar als Luxusprodukt, auf das wir in Zeiten knapper Kassen zumindest zeitweise verzichten sollten.

Für die Landesregierung Nordrhein-Westfalen ist dagegen klar:

- **Erneuerbare Energien sind ein fester und stetig wachsender Teil im künftigen Energiemix.**
- **Erneuerbare Energien schaffen Arbeitsplätze.**
- **Wir werden wesentlich dazu beitragen, ihren Anteil auf breiter Front zu steigern und ihren Einsatz wirtschaftlicher zu machen.**
- **Dazu werden wir die Stromerzeugung auf der Basis erneuerbarer Energien technologisch Schritt für Schritt weiter voranbringen.**

Und gerade vor dem Hintergrund der Geschehnisse im Nahen Osten ist der Hinweis wichtig:

Erneuerbare Energien sind überall auf der Welt zu Hause. Sie entziehen sich so der Auseinandersetzung zwischen den Staaten um knapper werdende Rohstoffe. Sie vermindern Spannungen zwischen den Völkern.

Erneuerbare Energien sind dezentral, sie sind kein Ziel für Terroranschläge. Eine Windkraft- oder Biogasanlage, die ihren Dienst getan hat, kann ohne großen Kostenaufwand und negative Folgen für künftige Generationen abgebaut und entsorgt werden. Auch das unterscheidet sie zum Beispiel von der Atomenergie.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen haben wir ein in Deutschland einmaliges System aufeinander abgestimmter Maßnahmen der Moderation, der Beratung, der Weiterbildung und Förderung aufgebaut, mit dem wir Technologieentwicklung und die Nutzung regenerativer Energien voranbringen.

Wir haben seit 1987 im Rahmen des REN-Programmes mehr als 50.000 Projekte mit rund 600 Millionen Euro gefördert.

Das hat Investitionen von fast drei Milliarden Euro nach sich gezogen.

Das Internationale Wirtschaftsforum hat für Nordrhein-Westfalen interessante Zahlen ermittelt: Im Bereich der Regenerativen Energien haben bei uns im Jahr 2003 rund 15.000 Arbeitnehmer in etwa

2.200 Firmen einen Umsatz von rund 3,7 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Anrede.

Dieser Gesamterfolg ist das Ergebnis gezielter Politik in der ganzen Bandbreite der erneuerbaren Energien:

Wir sind in der Stromerzeugung aus Biomasse im Bund Spitzenreiter.

Seit 1998 haben wir rund 1650 moderne Holzheizungen gefördert und mit unserer Holzpellet-Kampagne, an der sich rund 150 Unternehmen aus NRW beteiligen, dieser Technik zum Durchbruch verholfen.

Wir wollen weitere Anstrengungen, auch auf europäischer Ebene, unternehmen, damit die Potenziale im biogenen Kraftstoffbereich schneller erschlossen werden können.

Unser Ziel ist dabei auch, Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu sichern. Unsere Landwirte werden zunehmend auch zu Energiewirten.

Generell verstärken wir unsere Anstrengungen, bei den alternativen Kraftstoffen voranzukommen.

- **Darum stellen wir im Zentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Jülich und in Haus Düsse dafür Kompetenz zur Verfügung,**
- **darum haben wir Vorbereitungen zum Aufbau eines Kompetenz-Netzwerks Alternative Kraftstoffe getroffen,**
- **darum haben wir Erdgas als Option für den Verkehrsbereich gestärkt. Wir werden uns dafür einsetzen, die erfolgreiche Initiative „Rhein-Ruhr gibt Gas“ auf ganz Nordrhein-Westfalen auszudehnen.**

In Nordrhein-Westfalen ist die Solarenergie zu Hause:

Das gilt für die Forschung, wie im Forschungszentrum Jülich, oder in unserem Forschungsverbund zum Thema Energie, der AG Solar,

dies gilt in der Solarnutzung, wie mit dem Ein-Megawatt Solarkraftwerk in Herne.

Die Innovationskraft im Bausektor belegt auch die Initiative „50 Solarsiedlungen in NRW“. 25 Siedlungen in Nordrhein-Westfalen sind in Planung, 9 Siedlungen sind bereits fertig gestellt und weitere 11 befinden sich im Bau. Dieses Projekt stößt nicht nur deutschland-, sondern auch europaweit auf großes Interesse.

Bei den modernisierten Solarsiedlungen im Gebäudebestand – mit Gebäuden aus den zwanziger, fünfziger, sechziger oder siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts - lassen sich die CO₂-Emissionen in einigen Fällen um bis zu neunzig Prozent reduzieren. Solares Bauen ist also im großen Umfang schon heute realisierbar und ein Musterbeispiel für aktiven Klimaschutz.

In NRW nutzen über 12.000 Fotovoltaik-Anlagen die natürliche Energie der Sonne, produziert in Gelsenkirchen eine der modernsten Solarzellenfabriken der Welt Solarzellen und eine der modernsten Modulfabriken Solarmodule.

In Kooperation mit dem Handwerk unterstützen wir auch die örtliche Solarbranche und setzen ein Zei-

chen für die breite Markteinführung dieser innovativen Technologien. Bisher wurden insgesamt 2.000 „Solar-Checks“ durchgeführt.

Anrede.

Die kostengünstigste Form der solaren Stromerzeugung sind solarthermische Hochtemperatur-Kraftwerke. Weltweit wird diese Entwicklung derzeit stark favorisiert. Nordrhein-Westfalen besitzt in Forschung und Herstellung Schlüsselkomponenten für diese Technologie.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen begrüßt die Anstrengungen der Stadt Jülich und der Fachhochschule Aachen, Abteilung Jülich, ein solarthermisches Referenzkraftwerk in Jülich zu errichten.

Es wäre für das Energieland Nordrhein-Westfalen eine große Bereicherung, neben einem fossilen auch ein Referenzkraftwerk für erneuerbare Energien vorweisen zu können.

In Nordrhein-Westfalen liefern bereits rund 15.000 Wärmepumpen klimaschonende Heizenergie. Rund

die Hälfte der in Deutschland verkauften Wärmepumpen wird in unserem Land produziert.

**Ich will einen wichtigen Punkt besonders betonen:
Die Wärmepumpe ist inzwischen wirtschaftlich!**

Sie ist ein Beweis dafür, dass moderne, zukunftsfähige Energietechnologien ihren Weg in den Markt finden können, wenn wir Entwicklung und Markteinführung auch mit öffentlichen Mitteln sachgerecht flankieren.

Das sollten alle die Kritiker zur Kenntnis nehmen, die kurzsichtig allein auf die tagesaktuellen Energiepreise schauen.

Es ist eben zu simpel zu sagen: Der Markt soll es richten, wenn der Markt wichtige Zukunftsinteressen, wenn er Klima, Umwelt und die künftige Sicherheit der Versorgung nicht genügend berücksichtigt.

Der Markt, bei all seinen wunderbaren Eigenschaften, braucht eben manchmal einen An Schub in die richtige Richtung. Auch das gehört zur Verantwor-

tung der Politik.

Ich bin sicher: Wir werden einen ähnlichen Durchbruch zur betriebswirtschaftlichen Rentabilität auch bei anderen erneuerbaren Energien erleben.

Bei der Windenergienutzung liegt Nordrhein-Westfalen an erster Stelle unter den Binnenländern.

Die Landesregierung hat hier früh planungsrechtliche Voraussetzungen geschaffen, die eine geordnete kommunale Planung ermöglicht haben.

Dennoch haben sich, das ist richtig, nicht immer alle Konflikte vermeiden lassen.

Es ist darum gut, dass der Vermittlungsausschuss vor zwei Wochen eine gute Lösung bei der Windenergienutzung gefunden hat.

Durch die degressive Gestaltung der Vergütungssätze beim Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) wird sich die Nutzung der Windenergie künftig auf die Standorte konzentrieren, die eine ausreichende Energieausbeute ermöglichen.

NRW-Unternehmen profitieren von dieser boomenden Branche als wichtige Zulieferer. Auch in Anlagen ausländischer Hersteller sind häufig Antriebsaggregate „Made in NRW“ installiert.

Gerade für Unternehmen, die in der Vergangenheit von dem Rückgang in Stahl- und Steinkohlen-Industrie betroffen waren, ergaben sich hier neue und interessante Geschäftsfelder.

Reiner Wasserstoff und andere wasserstoffreiche Energieträger sind als Treibstoff für die Brennstoffzelle unsere Brücke ins solare Energiezeitalter.

Noch steht er nicht zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung. Aber wir werden und wollen auch hier bis zur Wettbewerbsfähigkeit vordringen.

Das NRW-Kompetenznetzwerk Brennstoffzellen und Wasserstoff erarbeitet dafür wichtige Voraussetzungen. Es hat mittlerweile internationale Ausstrahlung.

Die Brennstoffzelle als hocheffizienter, schadstoff- und geräuscharmer Energiewandler kann schon

heute für unsere Unternehmen den Zugang zu ganz neuen Märkten vorbereiten.

Die Brennstoffzelle hat das Potenzial, unseren Umgang mit Energie grundlegend zu verändern.

Die bereits technisch möglichen Einsatzfelder von Brennstoffzellen reichen von Handys und Laptops, über Fahrradantriebe und Kraftfahrzeuge bis hin zur kompletten Energieversorgung in Industrie und Haushalt.

Anrede.

Energieerzeugung und Energieverteilung sind zwei Säulen, auf denen unser Umgang mit Energie basiert.

Von gleich großer Bedeutung ist eine dritte Säule: die effiziente Verwendung von Energie.

Große Einspar-Potentiale bieten sich beispielsweise im Verkehr, aber insbesondere im Bauen und Wohnen.

Drei Viertel aller Wohngebäude in Nordrhein-Westfalen sind vor 1980 entstanden. Der Energie-

verbrauch dieser Gebäude kann um 50 bis 70 Prozentreduziert werden.

Um Bürgerinnen und Bürger für Energiesparmaßnahmen an ihrem Gebäude zu gewinnen, fördert das Land die Energieberatung.

Mit großem Erfolg: Insgesamt wurde durch die Beratung ein Investitionsvolumen in Höhe von rund 140 Millionen Euro aktiviert.

Mit Blick auf die noch immer angespannte wirtschaftliche Lage der Bauwirtschaft ist eine solche Entwicklung nur zu begrüßen.

Aber auch im Neubau setzen wir auf die effizienteste Energieeinspartetechnologie: Das sogenannte „Passivhaus“. Solche Häuser brauchen weniger als 10 Prozent der Energie, die alte Häuser brauchen.

Sie zeichnen sich durch eine sehr hohe Energieeffizienz aus. Dies ist auch deshalb so bedeutsam, weil wir mit unserer heutigen Bauweise die Energieverbräuche unserer Gebäude für die nächsten 50 Jahre bestimmen.

V.

(Energiepolitische Alternativen nicht erkennbar)

Diese Landesregierung arbeitet auch mit ihrer Energiepolitik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens. Sie arbeitet daran, das Energieland NRW nachhaltig zu stärken.

Die Landesregierung hat sich kraftvoll in die energiepolitischen Debatten auf Bundes-, aber auch auf EU-Ebene eingeschaltet.

Sie hat an vorderster Stelle

- **die Emissionshandelsgesetze und den nationalen Allokationsplan,**
- **das Erneuerbare Energiengesetz,**
- **die Mineralölsteuerbefreiung für Erdgas in GuD-Kraftwerken,**
- **die Steinkohlefinanzierung, das Gesetz zur Modernisierung der Kraft-Wärme-Kopplung**
- **und die Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe**

mitgestaltet.

Soviel zum Gewicht des Landes bei der Gestaltung

unseres energiepolitischen und –rechtlichen Rahmens.

Damit haben wir erreicht, dass ein vernünftiger Energiemix auch künftig gesichert ist, in dem unseren heimischen Energieträgern, der Kohle und den erneuerbaren Energien, eine Schlüsselrolle zukommt.

Mit den Lösungen, die wir erreicht haben, vereinbaren wir den Klimaschutz und die Standortchancen der heimischen Wirtschaft miteinander, ja, wir maximieren beides!

Ich wünsche mir, wir würden in diesem Einsatz für nordrhein-westfälische Interessen auch von der Opposition stärker unterstützt werden.

Statt dessen gibt es Vorstöße, die nordrhein-westfälischen Interessen zuwider laufen. So will der Oppositionsführer die Steinkohlehilfen bis zum Jahr 2010 halbieren.

Wer das fordert, muss aber wissen und sagen, was das für unser Land praktisch bedeuten würde:

- **Bereits in den kommenden drei bis vier Jahren müssten 20.000 bis 40.000 Arbeitsplätze abgebaut werden.**
- **Anpassungsgeld stünde zugleich nur für wenige tausend Menschen zur Verfügung.**
- **Deshalb müssten 20.000 Arbeitskräfte unter Aufkündigung des Prinzips der Sozialverträglichkeit entlassen werden**
- **Die Schließung von zusätzlich zwei bis drei weiteren Schachtanlagen wäre unvermeidlich.**

Praktisches Ergebnis wäre darüber hinaus, dass dann nur noch eine Jahresförderung von ca. 5 bis 6 Millionen Tonnen möglich wäre. Das bliebe noch weit hinter den 13 Millionen Tonnen zurück, von denen Sie, Herr Rüttgers gesprochen haben.

Damit entfiere auch die heimische Basis für die gesamte Wertschöpfungskette der Kohletechnologie – insbesondere für die Kraftwerktechnik und die Bergbautechnik, die Weltspitze sind.

Wer dann zugleich die Förderung der erneuerbaren Energien schlichtweg ablehnt, wie die CDU-Fraktion bei der Beratung des Doppelhaushalts 2004/2005 unter Beweis gestellt hat, der gibt zu erkennen, dass er kein Konzept für die Zukunftsfragen der Energiewirtschaft hat.

Sie sind konzeptionslos in der Energiepolitik. Ich kenne keinen gewichtigen Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften, der ihnen die energiepolitische Kompetenz zuspricht, die für unser Land notwendig ist.

Und auch in der Frage der Kernenergie ist kein klares Bild zu erkennen.

Ich fordere die Opposition darum sehr nachdrücklich auf, hier für Klarheit zu sorgen.

Was die Nutzung der Kernenergie angeht, sind die Fakten bekannt:

Derzeit erfolgen noch knapp 28 Prozent der deutschen Stromerzeugung durch Kernkraftwerke. Das Ende des Betriebes dieser Kraftwerke ist zwischen Bundesregierung und Energiewirtschaft vereinbart.

Nordrhein-Westfalen hat sich lange vor der Bundesregierung für einen Ausstieg aus der Kernenergie entschieden.

Und dabei bleibt es. Wer anderes will, der schafft auch neue Unsicherheit in der Energiewirtschaft, von der wir jetzt milliardenschwere Investitionen und Innovationen erwarten.

Und mit Blick auf die Bürgerinnen und Bürger gilt: Die Menschen haben einen Anspruch darauf zu erfahren, wer einen Rückfall in die Kernenergie – wie etwa vom bayerischen Ministerpräsidenten gefordert – unterstützen würde.

Hierzu gehören dann auch Antworten auf die berechtigten Fragen nach der Versorgung und Aufbereitung von Uran, das genau wie Öl und Gas eben kein heimischer Rohstoff ist. Dazu gehören Antworten auf die Fragen

- **nach den dann notwendig werdenden vermehrten Atomtransporten,**
- **nach den Zwischen- und Endlagern**

- **und nicht zuletzt auf die angesichts des internationalen Terrors immer drängenderen Sicherheitsfragen.**

Unsere Antwort ist klar und unmissverständlich:

Mit dieser Landesregierung, mit den Partnern, die sie tragen, wird es einen Rückfall in die Nutzung der Kernenergie nicht geben.

Auf eine ebenso klare Antwort der Oppositionsparteien in diesem Hohen Haus haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen Anspruch.

VI. (Gesamtkonzept)

Wir haben ein realistisches, ein stimmiges Gesamtkonzept für ein zukunftsfähiges Energieland NRW.

Lassen Sie mich dieses Konzept in sieben Eckpunkten zusammenfassen:

- 1. Energiepolitik ist Kernelement einer Wirtschafts- und Umweltpolitik, die Energie sicher, wirtschaftlich, klima- und umweltgerecht zur Verfügung stellt.**
- 2. Nachhaltige Energiepolitik ist zugleich Friedenspolitik und Entwicklungspolitik, weil sie weltweit die Nutzung der jeweiligen heimischen Energieträger verstärkt. Erneuerbare Energien sind überall auf der Welt heimisch. Bei uns sind heimische Energieträger die Kohle und die Erneuerbaren Energien.**
- 3. Auf der Basis unserer jahrzehntelangen Erfahrungen mit Energie und Energietechnik haben wir die effizientesten Technologien bei den fossilen ebenso wie bei den Erneuerbaren E-**

nergien entwickelt.

Das ist *unser* Beitrag zur Friedens- und Entwicklungspolitik, gerade für die Länder, die noch am Beginn ihrer Industrialisierung stehen.

Darin liegen zugleich hierzulande wirtschaftliche Trümpfe zur Sicherung von Arbeit und Wohlstand.

4. Ein ausgewogener Energiemix ist die Grundlage für Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Entwicklung, für Innovationen und Technologieentwicklung.

Er sorgt zugleich auch dafür, dass die Grundversorgung mit Energie für alle bezahlbar bleibt.

5. Die Atomenergie ist für uns dabei keine zukunftsfähige Option.

6. Unsere erste Pflicht ist es, mit begrenzten Energieressourcen sparsam umzugehen.

Das und die Steigerung der Energieeffizienz sind die verbindenden Klammern zwischen

den fossilen und den Erneuerbaren Energien.

So werden die fossilen Energien länger nutzbar, steigt die Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren und lässt sie am Markt schneller erfolgreich sein.

Mehr Energieeffizienz durch mehr Innovation – das ist kein Programm zur Senkung, sondern zur Verbesserung von Lebensqualität – bei uns und weltweit.

7. Wir treten dafür ein, dass Nachhaltigkeit auf allen Gebieten und weltweit gesichert wird. Das bedeutet ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz.

Anrede.

Energiepolitik erfordert Mut und Augenmaß, Verlässlichkeit und die Bereitschaft, neue Wege zu gehen.

Wir stellen uns dieser Herausforderung und laden alle verantwortungsbewussten Kräfte des Landes ein, daran mitzuwirken.